

Egal, um was es geht, wir sind dagegen

Der russische Physiologe Iwan Pawlow experimentierte vor 100 Jahren mit hungrigen Hunden, denen er Futter zeigte und dies zuvor durch Klingeln an einer Glocke ankündigte. Nach mehreren Versuchen liefen den Hunden schon das Wasser aus dem Maul, wenn nur die Glocke läutete. Sie verknüpften diese Töne mit dem Futter. Pawlowsche Reflexe erleben wir heute auch in der Politik. Egal, was Politiker und Regierungen vorschlagen oder auf den Weg bringen, reflexhaft springt ein Teil der Bevölkerung auf und ist dagegen. Das kann ein neuer Bahnhof sein, das kann eine neue Startbahn auf einem Flughafen sein oder auch die Bewerbung für Olympische Spiele. Aus der erfreulichen Möglichkeit, berechnete Einwände gegen ein Vorhaben vorzubringen, ist reflexhaftes Ablehnen von allem geworden. Das geplante Freihandelsabkommen TTIP ist auch so ein Beispiel, wo ein an sich gutes und innovatives Vorhaben wegen einiger weniger zu diskutierender Teilprobleme mit großem Geschrei grundsätzlich verteufelt wird.

Und nun also der Vorschlag einer gemeinsamen europäischen Armee. Heute Morgen las ich im Internet schon wieder Weltuntergangsszenarien aller Art. Ich habe persönlich noch keine feste Meinung zu dem Vorschlag, halte ihn aber für nachdenkenswert. Erstaunlich, dass insbesondere Leute, die sonst immer lautstark danach rufen, dass sich Deutschland und Europa stärker von den USA abnabeln sollten, nun auch dagegen sind, wenn genau das versucht wird. Dass Europa verstärkt Verteidigungsaufwand betreiben sollte, zeigen die Vorgänge in der Ostukraine ebenso wie die offenbar nur bedingt bestehende Einsatzfähigkeit mancher westlicher Streitkräfte. Warum also nicht eine gemeinsame Verteidigungsarmee für die Länder unseres Wirtschafts- und Kulturraumes unter deutscher Beteiligung? Die andere Sichtweise: Eine solche Armee würde die NATO möglicherweise mittelfristig in Frage stellen, zumindest aber schwächen. Auch nicht schön. Will heißen: Der Vorschlag ist respektabel und macht Sinn, birgt aber Risiken, die gut bedacht werden sollten. Aber die reflexhafte Ablehnung jeglicher Idee, die aus der Politik kommt, ist ein Fehler, der zu Stillstand führt und damit letztlich unserem Land schadet.

Ja, Freunde, was denn nun?

„Polizei erschießt 19-jährigen Afroamerikaner“ lese ich gerade in der Süddeutschen Zeitung über einen tragischen Zwischenfall in den USA und bin verwirrt. Sollen unsere Medien bei Polizeiberichten nicht darauf verzichten, Ethnien zu nennen? Werden nicht Täter mit Migrationshintergrund in deutschen Medien immer als „Jugendliche“ bezeichnet? Hätte also die SZ nicht schreiben müssen „Polizei erschießt 19-jährigen Jugendlichen“? Ich meine, andernfalls könnte man ja auch den Gedanken kommen, dass mit zweierlei Maß gemessen wird. Wenn es in den progressiven Mainstream passt, wird die Ethnie genannt, wenn es nicht passt, lässt man sie weg. Aber das kann ich mir bei einer Qualitätszeitung wie der Süddeutschen nicht vorstellen....

Herr Pfarrer und das „gute Werk“

Ich fürchte, es ist dem Mann wirklich ernst. Der pensionierte evangelische Pfarrer Ulrich Wagner erstaunte in der vergangenen Woche mit dem Vorschlag, für die Asylbewerber in Flüchtlingsheimen Prostituierte zur Verfügung zu stellen. Diese Männer hätten doch „ein sexuelles Bedürfnis“, was sich in seinem Dorf u. a. daran zeige, dass Männer aus dem Asylbewerberheim immer wieder Frauen auf der Straße belästigten. Den Flüchtlingen Essen und Trinken zu geben, reiche nicht aus. Finanziert werden solle das Projekt aus einem neu zu gründenden Unterstützerkreis, der „Freie Liebe für freie Menschen“ heißen könne. Vielleicht, so Wagner weiter, finde sich auch „ein Bordellbesitzer“, der bereit sei „ein gutes Werk zu tun“. Man ist sprachlos angesichts der Frauenverachtung, die aus diesen Worten des Herrn Pfarrer spricht. Der Bordellbesitzer, der „ein gutes Werk tut“, indem er Frauen für lau zur Verfügung stellt, sozusagen als Befriedigungsmaschinen. „Am Vormittag ist da ja eh nicht viel los, vermute ich“, fügte er zynisch hinzu. Wir reden immer viel über die Glaubwürdigkeit der Kirchen, und die können nicht für das dämliche Geschwätz eines einzelnen ihrer Repräsentanten in Haftung genommen werden. Aber wie ein Mann, der Güte und Barmherzigkeit als Lebensaufgabe haben sollte, derart zynisch und menschenverachtend daherreden kann, schockiert mich dann doch ein wenig.

Innere Sicherheit muss Thema Nummer 1 werden

In Stuttgart haben Fußballrowdies Polizisten in einen Hinterhalt gelockt. Zwölf Beamte wurden verletzt, einer konnte die Angreifer nur durch drei Warnschüsse aus seiner Dienstpistole vertreiben. Die Gewalt rund um den Fußball erreicht eine neue Qualität. Und Gewalt gibt es zunehmend an allen Ecken und Ende, denkt man zum Beispiel an zurückkehrende IS-Kämpfer oder die sogenannte „antifa“. Das Thema Innere Sicherheit gehört wieder ganz nach oben auf die politische Agenda in Deutschland. Wolfgang Bosbach allein reicht nicht. Die wichtigste Aufgabe, die ein Staat hat, ist seinen Bürgern Sicherheit zu bieten. Wenn ich morgens die Zeitung aufschlage und lese, habe ich nicht das Gefühl, dass das derzeit noch ausreichend erfüllt werden kann.

Ein überflüssiges Gesetz

Der Deutsche Bundestag hat mit großer Mehrheit den Weg für eine verbindliche Frauenquote freigemacht, die in Deutschland schätzungsweise rund 300 Karrierefrauen zusätzlichen Schub im Wettbewerb um die besten Plätze an den Futtertrögen verschaffen wird. Neid ist mir fremd, also gönne ich es den Damen, von denen nicht wenige demnächst auch Mehrfachmandate erwarten dürfen. Wir kennen das aus Norwegen, wo man schon früher mit Quoten für Konzernvorstände und Aufsichtsräte begonnen hat. Mangels einer ausreichenden Zahl qualifizierter Bewerberinnen gibt es seither eine Gruppe von Frauen, die gleich eine ganze Reihe von lukrativen Posten besetzen dürfen. In Norwegen nennt man sie „Goldröcke“, eine schöne Bezeichnung.

Nachdenklich stimmt, wie breit die Mehrheit im Parlament letztlich war. Die Entscheidungsfreiheit von Unternehmen wird eingeschränkt, das Leistungsprinzip marginalisiert. Obwohl man uns gerade in einem großangelegten Umerziehungs-Experiment namens Gender Mainstreaming beizubringen versucht, dass es zwischen Männern und Frauen keine Unterschiede gibt, sagt man uns jetzt, dass Unternehmen von den besonderen weiblichen Eigenschaften profitieren werden. Ja, was denn nun? Am Schlimmsten finde ich aber, dass sich dynamische, kluge und fleißige Frauen auf ihrem Weg an die Spitze nun dem Generalverdacht ausgesetzt sehen werden, dass sie eine Führungsposition nur deswegen erhalten hätten, weil sie eine Frau sind. Wir haben in Deutschland die am besten ausgebildete Frauengeneration aller Zeiten. Mädchen machen längst die besseren Schulabschlüsse als Jungs. Alle Jobs stehen ihnen offen. Was der Bundestag heute beschlossen hat, ist Politik der 80er Jahre. Es geht an der Lebenswirklichkeit junger und ehrgeiziger Frauen vorbei. Und die große Masse der Frauen hat sowieso nichts von diesem überflüssigen Gesetz.

Herr Diez und die „opportunistischen Arschlöcher“

Wenn man sich mit dem imposanten Niedergang des Qualitätsjournalismus in Deutschland beschäftigt, kommt man um Georg Diez nicht herum. Der ist Autor bei „Spiegel Online“ und hat der Welt einst zwei Standardwerke über die Beatles und die Rolling Stones geschenkt. Was ihn allerdings zu einem Kritiker gesellschaftlicher oder politischer Entwicklungen befähigt, erschließt sich nicht so ohne Weiteres, wenn man einen Blick auf seine Texte wirft. Inhaltlich geißelt er alles, was irgendwie nicht links ist, stilistisch auf einem Niveau dargeboten, das viele mir bekannte Lokaljournalisten mühelos übertreffen. In seinem neuesten [Text](#) hat er sich nun also „die Reaktionäre“ vorgenommen. In der Sache bietet er wie üblich keine neuen Gedanken und Erkenntnisse. Vielmehr reiht er Plattitüden aneinander, die nur deshalb einer Betrachtung wert sind, weil sie in einem sogenannten „Qualitätsmedium“ erscheinen, das eine erhebliche Anzahl von Lesern erreicht.

Diez schreibt – zusammengefasst – dass Menschen, die seine Mainstream-Auffassungen nicht teilen, irgendwie doof sind. Das liest sich dann so: „Er verachtet die Vernunft, er widert sich vor der

Wirklichkeit und ekelt sich vor der Empirie – und kann von jeder Bodenhaftung befreit loslegen. Der Schneeball? Haha! Gender Gaga? Haha!“ Keine schlechte Sache für das aktuelle Buch meiner Frau („Gendergaga“), derart liebevoll beworben zu werden. Aber bemerkenswert beim Diez’schen Text ist, dass er vollkommen faktenfrei bleibt. Er belegt seine Sicht der Dinge....durch nichts. Quasi ein Text über sein Gefühl, wie er wohl sein muss, der böse, böse „Reaktionär“. Umso erstaunlicher, dass derselbe Herr Diez noch am 9. Januar in einem Beitrag „die ungeheure Freiheit des Denkens“ würdigte. Seit heute wissen wir, dass er damit keinesfalls die Freiheit des Denkens allgemein meinte, sondern lediglich die Freiheit des Denkens derjenigen, die so denken wie er. All die Wissenschaftler rund um den Erdball, die fundierte Kritik an der neuen Religion um den menschengemachten Klimawandel üben, gehören nicht dazu. Auch diejenigen, die davon überzeugt sind, dass Frauen heute alles aus eigener Kraft erreichen können, ohne dass der Staat Zwangsbeglückung in Form von Quoten und „Girl’s Day“ leisten muss, mag der Herr Diez nicht. „Es ist“, so schreibt er, „wie gesagt, ganz einfach, Reaktionär zu sein: Man muss nur sagen, dass weiß schwarz ist oder schwarz weiß, je nachdem.“ Gerade so, als sei am Berufsemanzement unserer Tage oder an der durch kein demokratisches Gremium legitimierten Verhöhnung der deutschen Sprache irgendetwas Bunt.

Als der Journalist und Buchautor Matthias Matussek nach 26 Jahren beim „Spiegel“ das Nachrichtenmagazin verließ und zur „Welt“ wechselte, beschrieb er seinen Ex-Kollegen Diez in einem [Interview](#) als „eifernden Denunzianten“ und „Schienbeintreter“, dem er öfter gesagt habe, „dass er eine Niete ist“. Und weiter sagte Matussek: „Man nennt ihn ja den Thesen-Diez, er liest von Büchern eben meistens nur die Klappentexte und hat sofort eine angespitzte These.“ Gab es bisher vielleicht noch leise Zweifel an dieser Einordnung, so darf sie mit dem neuesten Diez’schen Beitrag als belegt gelten, jedenfalls wenn man den Kontext betrachtet, in dem er über „Dann mach doch die Bluse zu“ schreibt. Seinen aktuellen Text über Menschen, die anders denken als er selbst, und die angeblich alternativlose Wahrheiten zu hinterfragen bereit sind (sollte eigentlich auch die Aufgabe von Journalisten sein), schließt er mit dem Urteil über diese Menschen: „Was für opportunistische Arschlöcher.“ Fast ist man geneigt, spontan zu antworten: Was für ein hirnloser Vollpfosten. Aber das mache ich natürlich nicht, sondern ich blättere nochmal beim großen Gesellschaftserklärer Georg Diez. In seiner Kolumne vom 2. Januar dieses Jahres beweint er „Das Ende des Meinungsmonopols“ und schreibt: „Die alten Gewissheiten der journalistischen Meinungsführer geraten ins Wanken: Nicht nur die ökonomische Basis ist bedroht, auch Glaubwürdigkeit und Deutungshoheit.“ Nun müsste ihm nur noch jemand erklären, dass dies genau in dieser Art mäßig begabter Mainstream-Gestalten im Journalismus begründet liegt, wie er selbst einer ist.

Einfach mal selbst ein Bild verschaffen

„Fünf Antworten auf die homophoben Sprüche von Birgit Kelle“ – so zartfühlend lautet die Überschrift eines Beitrages gestern in einer Internetzeitung, auf die Deutschland ohne Schmerzen verzichten könnte. Zur gleichen Zeit referierte besagte Birgit Kelle in München bei einer völlig überfüllten Veranstaltung.

Als die beendet war, kam ein Mann zu der mir bestens bekannten Buchautorin („Gendergaga“) und sagte ihr, dass er selbst homosexuell sei und gekommen war, um sich selbst ein Bild über Birgits Thesen zu verschaffen: „Ich habe hier nichts von Ihnen gehört, was irgendwie abwertend oder diskriminierend gewesen ist.“ So unterschiedlich nehmen Menschen andere Positionen wahr. Die einen, die in ihrer kleinen durchideologisierten Welt gefangen sind, und die anderen, die einfach mal selbst zuhören oder lesen.

Über diesen Fall hätte verhandelt werden müssen

Das spricht für Charakter. Der niedersächsische Kinderschutzbund hat die vom Landgericht Verden zugewiesene Spende des Kinderporno-Besitzers und früheren SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy abgelehnt. Sich aus einem solchen Verfahren mit 5.000 Euro quasi freikaufen zu können, sei ein „fatales Signal“, erklärten die Kinderschützer. Und das ist wahr. Selbst wenn man berücksichtigt, dass Edathy selbst kein Kind missbraucht hat und auch nur wenige Dateien besaß, sind es Leute wie er, die überhaupt einen Markt schaffen, in dem die schwächsten und wehrlosesten Geschöpfe von gewissenlosen Kriminellen ausgebeutet werden. In der Kinderporno-Szene gibt es nichts Ekelhaftes, das es nicht gibt. Die Hintermänner verdienen viel Geld mit Fotos und Filmchen, auf denen es nicht um eine Art Freikörperkultur geht, sondern um brutalsten Missbrauch. Die Kinder, die das irgendwie überleben, werden nie wieder ein normales Leben führen können. Und all das, weil es einen „Markt“ für dieses widerwärtige Geschäft gibt. Deshalb ist es unverständlich, wenn ein Gericht über den Fall Edathy nicht einmal verhandelt, sondern es gegen eine vor dem Hintergrund seines beachtlichen Übergangsgeldes als Ex-Abgeordneter geringfügige Spende und ein lustloses Reuebekenntnis einstellt. Kaum war das Verfahren formell eingestellt, feixte Edathy auf Facebook, „eine Schuldfeststellung ist damit ausdrücklich nicht getroffen worden“. Noch ein Schlag ins Gesicht für die Opfer und unseren Rechtsstaat.

Wie tolerant und „bunt“ wollen wir denn sein?

Die Zeitung „Jüdisches Berlin“ der Jüdischen Gemeinde in der Hauptstadt wird neuerdings nur noch in neutralen Umschlägen verschickt, damit für Außenstehende Juden nicht mehr erkennbar sind. Gleichzeitig werden jüdische Gläubige aus Sicherheitsgründen davor gewarnt, in der Öffentlichkeit die Kippa tragen. Man könne ja eine Basecap darüber aufsetzen. Aktueller Grund für all' das sind die Anschläge von Paris und Kopenhagen, bei denen gezielt Juden ermordet wurden, aber auch eine

zunehmend feindliche Stimmung in einigen Stadtteilen Berlins. Bezirken mit hohem Anteil an Muslimen, um es deutlich auszusprechen. Immer wieder sind in den vergangenen Monaten Menschen jüdischen Glaubens in der Öffentlichkeit beleidigt, bedroht und sogar angegriffen worden.

Vor zwei Jahren sorgte der Fall eines Rabbiners wenigstens für etwas Aufsehen, der von vier arabischstämmigen „Jugendlichen“ vor den Augen seiner siebenjährigen Tochter zusammengeschlagen wurde. Einer der Schläger sagte zu dem kleinen Mädchen: „Ich bring' Dich um.“ So etwas passiert heutzutage in Deutschland, und jeder der es wissen will, kann es wissen. Wo ist der „Aufschrei“ der vielbesungenen „Zivilgesellschaft“? Wo sind die Politiker, die Gewerkschaften und Kirchen, die sich unübersehbar und kompromisslos schützend vor die Juden in Deutschland stellen? Wer schaltet im Kölner Dom angesichts solcher Taten mal das Licht aus? Es ist ein gutmenschliches Versagen epochalen Ausmaßes, was wir derzeit erleben. Und ich empfinde das so, ohne dafür auf die Nazi-Herrschaft Bezug nehmen zu müssen.

Wir wollen ein freies, tolerantes und „buntes“ Land sein. Fein, aber dann kann es nicht sein, dass gesellschaftliche Gruppen daraus ausgeschlossen oder wegen ihrer Überzeugungen oder ihres Glaubens beleidigt, bedroht und sogar angegriffen werden, ohne dass es eine massive Reaktion des Staates und der Gesellschaft gibt. Gläubige Juden haben ihren Platz in einer freien Gesellschaft, gläubige Muslime und Christen auch. Flüchtlinge verdienen gesellschaftliche Solidarität, ebenso wie Alte, Kranke und Behinderte. Kinder brauchen ganz besonders unseren Schutz. Kommunisten und Anarchisten haben das Recht, zu demonstrieren für oder gegen was sie wollen. Pegida hat dieses Recht auch. Und der Christopher Street Day. Eine „bunte Gesellschaft“ muss für alle offen sein, die sich friedfertig und gesetzestreu verhalten, weil die Gesellschaft sonst weder „bunt“ noch tolerant ist. Das sage ich auch ausdrücklich an die Adresse derjenigen Medien und Stichwortgeber, die neuerdings bemüht sind, Menschen zu gefährlichen Rechtsextremisten zu erklären, weil sie ihr Elternrecht wahrnehmen und ihre Kinder vor ideologischen Zugriffen der Gender-Industrie in den Schulen Baden-Württembergs und Niedersachsens schützen wollen. Eltern-Demonstrationen, die wegen der irrationalen Hetze ihrer Gegner - leider medial breit transportiert - inzwischen regelmäßig von einem Großaufgebot der Polizei geschützt werden müssen. Der politische Meinungskampf und der Kampf gegen Lebensmodelle, Traditionen und Gläubige ist im modernen, „bunten“ Deutschland längst keine Sache von Worten und Argumenten mehr.

Immer feste druff auf Kirche und Glauben

In Hamburg findet derzeit der Kongress Christlicher Führungskräfte statt. 3.000 evangelische und katholische Unternehmer und Manager beschäftigen sich dort mit christlichen und aktuellen gesellschaftlichen Themen. Ich durfte in einem gut besuchten Workshop mit Frauke Petry von der AfD über den Stand der Meinungsfreiheit in Deutschland diskutieren. In manchem waren wir uns einig, in manchem auch nicht - so, wie es bei einer Diskussion ja auch sein soll. Grundsätzlich erkennt Frau Petry durchaus an, dass es hierzulande eine vielfältige und weitgehend freie Medienlandschaft gibt. Aus ihren

Erfahrungen im Zusammenhang mit der AfD-Berichterstattung aber auch mit der Art, wie über Pegida berichtet wurde, schließt sie, dass die Meinungsfreiheit allerdings zunehmend bedroht wird. Für mich war die sich im Laufe der Pegida-Berichterstattung zeigende sehr differenzierte Betrachtung bei vielen etablierten Medien dagegen eher ein Hinweis, dass eine neue Nachdenklichkeit in vielen Redaktionen eingesetzt hat, ob man das Ohr wirklich noch am Puls des Volkes hat. Und das stärkt die Meinungsfreiheit. Heute Morgen las ich dann beim Frühstück wieder einen Beitrag des öffentlich-rechtlichen NDR, bei dem ich mir selbst erneut die Sinnfrage gestellt habe, denn es war ein reiner Kampagnenbeitrag, der sich in eine aktuelle Kette widerwärtiger Stimmungsberichte gegen Christen in Deutschland einfügt. Dieses Mal wurde Hamburgs gerade frisch wiedergewählter Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) von den Gralshütern der Political Correctness **gegeißelt**, weil er es gewagt hat, die Schirmherrschaft für den Kongress zu übernehmen. Begründet wird das mit einigen wenigen Infoständen von Abtreibungsgegnern und Missionswerken, die - böse, böse! - sogar in islamischen Ländern missionieren wollen. Muss man nicht mögen, ist aber erlaubt, glaube ich. Man kann ohne Übertreibung feststellen, dass in jüngster Zeit verschiedene Medien - vorneweg öffentlich-rechtliche - eine regelrechte Kampagne gegen engagierte Christen betreiben. Ob das zum Auftrag der Grundversorgung gehört, mag ich nicht beurteilen. Immerhin blieb Scholz standhaft. Sein Sprecher teilte mit, der Senat habe geprüft, wer die Organisatoren und die anderen Teilnehmer seien. Es gebe zwar kritische Punkte, aber in der Gesamtheit sei es aus ihrer Sicht in Ordnung, dorthin zu gehen.